

Energiemärkte
auf der Probe

Der Ölpreis – ein Albtraum?

Günter Barudio

Die beste Reserve, die sich für einen endlichen Rohstoff denken lässt, ist der treuhänderische Umgang bei seiner industriellen Erschließung und späteren Verwertung. Diese Einsicht gilt vor allem für das Rohöl. Es ist seit Wochen zu einem Spekulationsobjekt geworden und überrascht fast täglich mit neuen Höchstpreisen. Besonders an der New Yorker Warenbörse (Nymex), die für den Handel mit Rohstoffen eine globale Leitfunktion besitzt, tendierte der Preis zeitweise in Richtung fünfzig Dollar pro Fass (159 l), um dann auf 46 Dollar zu fallen.

Diese Notierungen beziehen sich aber nur auf Spitzenqualitäten wie West Texas Intermediate, Brent Blend (Nordsee) oder Arabian Sweet Light, aus denen hochwertiges Benzin oder Kerosin hergestellt werden kann. Trotz dieser Einschränkung, die sich auf bestimmte Spezialmengen bezieht, stellen sich Ökonomen, Politiker und Konsumenten zunehmend die bange Frage: Wo endet dieser Preisporer, und wie wird ein hoher Ölpreis die Wirtschaft auf lokaler, nationaler und globaler Ebene in Zukunft beeinflussen – vor allem angesichts begrenzter Reserven und einer steigenden Nachfrage?

Cassandra-Rufe

Seit der ersten gezielten Produktion von Rohöl auf amerikanischem Boden im Jahre 1859 kennt diese größte Industrie der Welt einen Schweine-Zyklus von etwa zehn Jahren. So gab es bereits im Jahre 1869 eine Öl-Flut (glut) und den Einbruch der Nachfrage. Der damit verbun-

dene Preissturz war mit ein Grund für John D. Rockefeller, 1870 die Esso zu gründen. In seiner lebenslangen Angst, dass das Öl urplötzlich zu Ende gehen könnte, wollte er zur Preisgestaltung kartellartig den Mechanismus von Angebot und Nachfrage kontrollieren: zunächst im Ölzentrum Titusville, dann in ganz Pennsylvania und schließlich in den USA sowie auf dem Weltmarkt in Europa und Asien.

Kaum anders verhielten sich die größten Ölkonzerne der Welt – die „Sieben Schwestern“ –, als sich 1928 nicht nur die Weltwirtschaftskrise abzeichnete, sondern auch eine erneute Ölschwemme gebändigt werden musste. Sie erledigten diese Herausforderung mit kartellähnlichen Preisabsprachen in ihren Absatzgebieten, um zu überleben. Schließlich war Rohöl damals billiger als Wasser. Trotz dieser Sachlage verkündete der österreichische Publizist Anton Zischka in seinem viel gelesenen Buch *Ölkrieg* von 1934, dass die USA „in fünfundzwanzig Jahren keinen Tropfen Öl mehr haben werden“.

Entgegen seinen Cassandra-Rufen erlebte der globale Ölmarkt im Jahre 1959 die größte Überproduktion seiner Geschichte, sodass ein Fass Öl in der Golfregion nur noch zehn Cent (!) kostete. Ein dramatischer Zustand, der Venezuela und Saudi-Arabien als Hauptförderländer veranlasste, 1960 mit anderen Ölproduzenten wie Persien die OPEC zu gründen, um als Staaten-Kartell global für einen „gerechten Preis“ zu kämpfen, das

heißt die Sicherung minimaler Einkünfte am „Nationaleigentum“, wie in Mexiko das Öl genannt wird.

Obgleich 1969 wieder eine Überproduktion zum Preisverfall geführt hatte und dadurch vor allem der Schah von Persien zu einer Preisanpassung innerhalb der OPEC gedrängt wurde, verkündete der Club of Rome eine gewagte Prognose. In der Studie „Grenzen des Wachstums“ von 1972 wurde behauptet, es gäbe um die Jahrtausendwende kaum noch ausbeutbare Reserven an Erdöl: 1999 jedoch erlebte der Weltmarkt die größte Ölschwemme der Industriegeschichte überhaupt, während der Preis zeitweise unter zehn Dollar sank!

Auch mit dieser Preisbewegung bestätigte sich die strukturelle Konstante des zyklisch reagierenden Weltölmarktes. Dieser ist bis jetzt im Verhältnis von Produzenten und Konsumenten fast immer dem klassischen Marktmechanismus gefolgt. Er wird jedoch zunehmend Belastungen ausgesetzt, die eine künftige Gestaltung im Sinne des von der OPEC projektierten „gerechten Preises“ zwischen 22 und 28 Dollar ziemlich erschweren.

Störfaktoren

In verschiedenen Medien (*Der Spiegel*) werden die hochgespielten Ereignisse von 1973 weiterhin als „Ölkrise“ bezeichnet, obwohl es sich um eine Ölpreiskrise gehandelt hat. Diese wurde in ihrem Kern von Faktoren bestimmt, die Politiker, Ökonomen und Publizisten gern verschweigen, weil sie das allseits bequeme Vorurteil von den „Scheichs“ und den „Multis“ stören, die an den Stammtischen als gierige Preistreiber gelten.

Bekanntlich wurde 1944 im historischen Abkommen von Bretton Woods auch die weit reichende Entscheidung getroffen, dass der westliche Ölmarkt vornehmlich an den Wert des US-Dollars gebunden blieb (Petro-Dollar). Mit die-

sem Schritt beugten sich die Ölproduzenten einer Leitwährung, deren qualitative Verschiebungen unmittelbar auf den Ölpreis durchschlagen mussten – vornehmlich jeder Grad an Inflation, den die Politik Washingtons zu verantworten hatte.

Berücksichtigt man in der Analyse der Ölszene diesen bedeutenden Störfaktor bei der Vermarktung des Rohstoffes als Schüttgut (commodity), dann wird die Preisgestaltung von 1973 verständlich. Der Sprung von drei auf zwölf Dollar pro Fass war nämlich nichts anderes als ein längst überfälliger Inflationsausgleich zur künftigen Sicherung der eigenen Kaufkraft: Schließlich haben die USA ihr Engagement von 1961 bis 1974 in Vietnam mit einer schlechenden Entwertung des Dollars finanziert, und zwar auf Kosten der Öl produzierenden Länder!

Das ist die historische Wahrheit! Nicht wesentlich anders verhält es sich auch heute. Hatte noch Präsident Clinton einen ausgeglichenen US-Haushalt vorgelegt, so bescherte sein Nachfolger Jahr für Jahr eine überdimensionierte Staatsverschuldung bei schwacher Konjunktur, Steuersenkungen und der kostspieligen Intervention im Irak, die auch dem Petro-Dollar an die Substanz geht. Inflationsbereinigt erscheint demnach die Entwicklung des Ölpreises im ersten Halbjahr 2004 nicht so dramatisch, wie sie oft aus medialen Sensationsgründen ausgegeben wird.

Bedenkt man als weitere strukturelle Belastung die extrem hohe Mineralölsteuer in den meisten Industrieländern Europas, dann greift die übliche Schelte von unkundigen Politikern gegen die Multis als Preistreiber schon gar nicht. Denn das Benzin-Diesel-Geschäft mit bis zu 88-Prozent-Besteuerung bedeutet für die Ölkonzerne keine sonderlich große Wertschöpfung, zumal wenn man an die Investitionskosten denkt, die zur Erschließung neuer Ölfelder und beim Bau von Pipelines oder Raffinerien anfallen.

Neben dem Inflations- und Steuern-Faktor spielt sicher auch der Terrorismus eine Rolle, wie er von Kolumbien über Nigeria bis in den Irak tätig wird, wenn Pipelines gesprengt oder Raffinerien in die Luft gejagt werden. Denn solche Aktionen wirken sich wertvernichtend aus und beeinflussen Aktionäre wie Börsenhändler, die einen mentalen Faktor in der Preisentwicklung wirken lassen, der nicht genau zu berechnen ist.

In diesen Bereich gehört auch das Phänomen der Börsenspekulation. Sie hat im Ölsektor seit einigen Jahren besonders böse Blüten getrieben, indem vor allem Termingeschäfte gleichsam einem Hassardspiel ausgesetzt werden. So ergibt sich bei kurzzeitigen und langfristigen Lieferverträgen von Öl (six years futures) ein gespaltenes Verhalten von Anlegern, das die jeweilige Börse zu einem Wettbüro umfunktioniert und dabei die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage verzerrt, ja grob missbraucht.

Regulierungen

Zur Reduzierung all dieser und anderer Störfaktoren wie der politischen Yukos-Behandlung in Russland schlug Riad A. Ajami vom „Center for Global Business“ vor, staatliche Produzenten der OPEC wie die saudische Aramco und private Konzerne wie Exxon-Mobil als eine Art integriertes Kartell neu zu organisieren. Doch dieses Modell geht an der politisch strukturierten Wirklichkeit vorbei. Denn die Verstaatlichung der Ölindustrie gehört spätestens seit dem Auftrumpfen der Mexikaner im Jahre 1938 mit der Gründung ihrer PEMEX zur nationalen Identitätsfindung der Produzenten und kann so leicht nicht wieder reprivatisiert werden.

So hat Saudi-Arabien seit der Übernahme von Aramco im Jahre 1982 den Erwerb von „Öl-Eigentum“ durch international tätige Konzerne auf seinem Staatsgebiet unterbunden. Es lässt aber jetzt privaten und auswärtigen Erwerb auf dem

Erdgas-Sektor zu. Ähnliches sieht auch China vor, das sich in seiner Energienot sogar für die alte Technik des Kohle-Benzins öffnen will und damit den eigenen Markt für auswärtige Investoren erweitert.

Der Vorschlag Ajamis übersieht außerdem, dass sich die Zweiteilung des Ölmarktes – Produktion (Upstream) und Vermarktung (Downstream) – bisher als eine recht effektive Regulierung des Weltölmarktes erwiesen hat und allein durch eine Zusammenlegung nicht den Preis stabilisieren würde. Gerade die integrierten Ölkonzerne, die wie Exxon-Mobil beide Bereiche vom Bohrloch bis zur Zapfsäule bedienen, haben dadurch keinen nennenswerten Vorteil, müssen sie doch auch die steigenden Investitions-Risiken tragen, die beim Erschließen neuer Ölfelder anfallen. Welche Dimensionen diese Tätigkeit annehmen kann, ergibt sich allein aus dem „Projekt Mukluk“ der Exxon: Es hat schon in den achtziger Jahren über zwei Milliarden Dollar verschlungen, ohne dass auf dieser Insel jenseits des Polarkreises in Alaska größere Mengen Öl oder Erdgas gefunden werden konnten.

Dieser und andere Misserfolge mit einem „Trockenloch“ bedeuten jedoch nicht, dass die Erschließung neuer Ölfelder ans Ende gekommen ist. Gerade ist die Produktion und Lieferung aus neuen Funden im Tschad angelaufen. Auch Shell, das noch vor einiger Zeit bei der Angabe seiner Reserven gemogelt hatte, um wohl seinen Aktienwert zu erhöhen, kann aus Pakistan einen großen Erfolg melden. Nicht anders steht es um Brasilien, das längst zum Ölexporteur geworden ist und erst am Anfang seiner Produktion, ja mittlerweile schon Venezuelas Anteil am amerikanischen Markt ersetzen kann, wenn dort politische Unruhen um den Präsidenten Chávez oder Streiks in der Ölindustrie den Export vor allem in die USA blockieren.

Angaben der Energy Information Administration 2003 © RMICÓN



Es gilt als sicher, dass selbst ein tägliches Bedarfsvolumen in der Weltverwertung von gut achtzig Millionen Barrel ohne große Anstrengungen auf mindestens ein Jahrzehnt hin gehalten werden kann. Selbst lange Ausfälle des Öllandes Irak, das über erhebliche Reserven verfügt, haben den Ölmarkt so wenig gestört wie Produktionsrückgänge im politisch instabilen Indonesien, Kolumbien, Nigeria oder Venezuela. Allein der neue Anbieter Russland ist nach Anlaufproblemen seit etwa zehn Jahren zu einem verlässlichen Öl- und Gas-Lieferanten besonders für die industrialisierten EU-Länder geworden. Er wird es auch mit dem Sibirien- und Sachalin-Öl zunehmend für China und Japan sein.

Von den Europäern haben sich Großbritannien, Norwegen, Dänemark oder auch die Niederlande durch die Eigenförderung in der Nordsee seit 1973 vom Nahostöl völlig unabhängig gemacht. Sie arbeiten außerdem mit Nachdruck daran, den Anteil des Öls am nachhaltigen Energie-Mix auf dem nationalen Markt herunterzufahren – durch Flüssiggas, Solartechnik, Geowärme und Windkraft, deren Stromerzeugung seit einiger Zeit vom Land auf die Küstengewässer verlagert wird. Selbst Elektromotoren kommen immer häufiger zum Einsatz, vor allem in Kalifornien, dem größten Auto-

markt der Welt, wo bei Neuzulassungen etwa zwanzig Prozent nicht mehr mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren ausgestattet sein dürfen.

Man ist sich in den USA schon seit der berühmten Konservierungs-Debatte nach 1919 sehr wohl bewusst, dass die nationalen Ölreserven vor allem dadurch gesichert werden können, dass man sie durch Importe streckt. Denn schließlich wurde jedem Politiker bewusst, dass der Umstellung der Kriegs- und Handelsflotte vom Kohleantrieb auf Ölmotoren sowie der rasanten Entwicklung der Auto-Industrie und des Flugwesens eine hochpolitische Bedeutung zukam. Öl wurde im Sinne einer „strategischen Reserve“ behandelt: eine Politik, die durch steigende Importe bestätigt wird und auch die enorme Regulierung des US-Ölmarktes durch die staatliche Bergbehörde (Mining board) erklärt.

Die „gelbe Gefahr“

Als Shell auf den US-Ölmarkt drängte, wurde dieser Versuch des britisch-niederländischen Anbieters wegen seiner Firmenfarbe als „gelbe Gefahr“ bekämpft. In Europa jedoch bezog man diese Faustformel auf China, dem angeichts seiner alten Kultur, der Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen sowie seines politischen Systems eine führende Rolle in der Weltpolitik zu-

gesprochen wurde, zumal es auch noch mit sowjetischer Hilfe zu einer Atom-Macht aufgestiegen war. Nicht umsonst warnte Bundeskanzler Kiesinger im Wahlkampf 1969 vor dem Drohpotenzial des kommunistisch geführten Riesen mit den Worten: „Ich sage nur China ...“

Mittlerweile hat sich das ehemals agrarisch strukturierte Reich der Mitte zu einem industriellen Schwellenland entwickelt, das nach den USA seit 1993 zum zweitgrößten Importeur von Rohöl geworden ist.

Angesichts dieser Situation überrascht es, dass die Pekinger Führung nicht aus den fundamentalen Fehlern des amerikanischen Weges gelernt hat. Sie betreibt eine importierte Motorisierung vor allem mit deutscher Hilfe (VW), die nur in einer energetischen und ökologischen Sackgasse enden kann. Statt auf wirklich neue Lösungen zu setzen, zu denen die Magnetschwebebahn Transrapid als Stromfresser und Luxuszug sicher nicht gehört, reproduziert das wirtschaftlich scheinliberalisierte China ähnlich wie Mexiko und Brasilien (VW) die Ladenhüter einer völlig verfehlten „westlichen“ Industrie- und Autopolitik. Ignacio Ramonet hat deshalb vor kurzem mit Recht darauf hingewiesen (*Le Monde diplomatique*), dass der Autokult mit seinem Verbrennungswahn China zum „größten Umweltverschmutzer der Welt“ machen wird, obwohl es das Kyoto-Protokoll unterschrieben hat.

Die künftige „gelbe Gefahr“ für den blauen Planeten wird unweigerlich aus den Auspuffrohren des technischen Schrotts kommen, falls Peking nicht radikal umsteuert und eine andere Industriepolitik verfolgt. Wie soll das aber möglich sein, wenn allein auf den westlichen Konsumismus als Maß aller Dinge gesetzt wird und dabei Reserven vernichtet werden, die künftigen Generationen das Leben erträglich machen könnten?

Schon weigert sich Peking im UN-Sicherheitsrat, den Völkermord im Sudan

wirksam zu unterbinden, weil es dort Ölinteressen verfolgt. Nicht anders wird es sich verhalten, falls im Südchinesischen Meer mögliche Offshore-Vorkommen an Öl und Gas mithilfe seiner wachsenden Flotte gegen die Anrainer Taiwan, Vietnam und die Philippinen zu sichern sind.

Die unmittelbare Folge dieser einseitigen Modernisierung im Zeichen des Prometheus-Syndroms als Ausdruck des Verbrennens von Kohle, Öl, Holz und Erdgas bekommt vor allem der Ölpreis zu spüren. Denn die von China ausgelöste Nachfrage verteilt die nur begrenzt vorhandenen Mengen der erwähnten Spitzensorten, die sich nicht einfach durch das Aufdrehen der Ölähnle vermehren lassen. Nimmt man noch hinzu, dass sich das Milliardenvolk in Indien auf die gleiche Weise motorisiert und somit die Nachfrage stimuliert, dann erklärt sich die gegenwärtige Überhitzung an der Preisfront aus dem Ungleichgewicht des Marktes. Außerdem befindet er sich, historisch und strukturell gesehen, genau in der Hälfte des Schweine-Zyklus, sodass nach der bisherigen Erfahrung bis 2009 wieder eine Beruhigung eintreten dürfte: sofern sich die Angebotsseite erhöht, das heißt neue Giga-Felder erschlossen werden, die Inflation des US-Dollars eingedämmt, Öl als Energieträger immer weiter eingeschränkt wird und der Terrorismus sich in Grenzen halten lässt.

Gerät allerdings einer dieser wesentlichen Faktoren der Preisgestaltung zeitweise oder dauerhaft außer Kontrolle, dann wird sich auch der chinesische und indische Traum von einem besseren Leben mithilfe des Öls in einen permanenten Albtraum verwandeln – allen zum Schaden, denen diese Welt zu treuen Händen anvertraut bleibt und nicht zum Raubbau an ihren Bodenschätzen überlassen wird.

Vom Autor erschien auch „Tränen des Teufels. Eine Weltgeschichte des Erdöls“, Verlag Klett-Cotta, 2001.